



Presseschau vom 22.03.2017:

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *Korrespondent* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *Korrespondent* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Abends / nachts:

De.sputniknews.com: Die Ukraine hat die Tests einer neuen Raketenbewaffnung erfolgreich abgeschlossen, meldet der Pressedienst des ukrainischen nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrats.

Die neue Bewaffnung, die der Militärkonzern „Ukroboronprom“ und die staatliche Raumfahrtagentur hergestellt haben, wurde laut dem Sekretär des nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine, Alexander Turtschinow, erfolgreich getestet.

„Alle Starts waren erfolgreich. Die Raketen haben ihre Ziele präzise getroffen“, sagte er. Er konkretisierte dabei aber nicht, um welche Bewaffnung es sich handle.

Turtschinow gab noch an, dass alle Raketenleitsysteme sowie ihre Präzision geprüft worden seien. Seit dem vierten Quartal des vergangenen Jahres würden die ukrainischen Militärs „starke Raketenwaffen“ erhalten.

Im November hatte die Ukraine eine Rakete mit einer Schussweite von 60 Kilometern erfolgreich getestet. Ihre Bezeichnung ist bisher nicht bekannt. „Das ist eine fürchterliche, präzise, ukrainische Waffe. Die Tests waren erfolgreich!“, sagte damals Juri Birjukow, der Berater des ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko.

Dan-news.info: Ein Vertretungszentrum der DVR, das vierte in der EU, begann heute in der Hauptstadt Griechenlands, in Athen, mit seiner Arbeit. Dies berichtete die Außenministerin der DVR Natalja Nikonorowa.

„Heute fand in Athen die feierliche Eröffnung des Vertretungszentrums der DVR in Athen statt“, sagte die Ministerin.

Die Veranstaltung besuchte der Vorsitzende der griechischen Partei Volkseinheit (LAE) Panagiotis Lafazanis, Vertreter der griechischen Partei Syriza und Pasok, ein russischer Musiker, der gesellschaftliche Aktivist Alexandr Skljär, die griechische Künstlerin Anna Golowinskaja.

Lafazanis unterstrich in einem Beitrag den wesentlichen Fortschritt, den die Republiken beim Staatsaufbau in weniger als drei Jahren erreicht haben.

Das Zentrum wird von Andreas Safejrjs geleitet, der auch Vertreter der Organisation „Spasi Donbass“ und Mitglied der Freiwilligenbewegung Griechenlands zur Unterstützung der DVR und der LVR ist. Er hat die Konfliktzone mehrfach besucht, Aktionen und eine Ausstellung in der EU organisiert, um objektiv über die Ereignisse in der Region zu informieren.



http://dnr-news.com/uploads/posts/2017-03/thumbs/1490161019_predstavitelskie-centry-dnr-greciya-4.jpg

Vormittags:

De.sputniknews.com: Die Verteidigungsminister der USA und Finnlands, James Mattis und Jussi Niinistö, haben laut Pentagon-Sprecher Jeff Davis bei einem Treffen in Washington aktiv die angebliche „russische Aggression“ erörtert.

„Die Minister erörterten die russische Aggression, Finnlands Verhältnis zur Nato als Partner mit erweiterten Privilegien, ebenso die bilaterale Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich“, berichtete Davis...

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden **neunmal** die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurde das Gebiet von **Frunse, Logwinowo, Losowoje, Kalinowka, Sokolniki, Shelobok**.

Es wurde mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Granatwerfern und Schusswaffen geschossen.

Dan-news.info: „Von 18:00 bis 1:30 hat die ukrainische Seite die frontnahen Zonen der DVR in Richtung **Donezk, Gorlowka, Jasinowataja und in südliche Richtung** beschossen“, teilte eine Quelle aus den militärischen Einrichtungen der DVR mit. „In dem genannten Zeitraum wurden von den Positionen der ukrainischen Streitkräfte 312 Panzer- und Artilleriegeschosse sowie Mörsergeschosse abgeschossen“.

Der Vertreter der militärischen Behörde erläuterte, dass **Trudowskije, Staromichajlowka am westlichen Rand von Donezk, Sajzewo bei Gorlowka, Mineralnoje, Krutaja Balka, Jakowlewka und Spartak im Jasinowataja-Bezirk, Leninskome im Nowoasowskij-Bezirk** im Süden des Landes beschossen wurden.

Außerdem wurden nach den Angaben der Quelle von den Positionen der ukrainischen Einheiten einige Dutzend Geschosse mit Schützenpanzerwaffen und Granatwerfern abgeschossen.

De.sputniknews.com: Das syrische Justizministerium hat laut seinem Minister Najm al Ahmed Dokumente gesammelt, die Terror-Verbrechen gegen die Bevölkerung und Regierung des Landes bestätigen sollen. Die Glaubwürdigkeit der Dokumente soll von unabhängigen Gerichtskomitees und Gerichtsmedizinern bestätigt worden sein.

„Syrien verfügt über Dutzende Dokumente, die die Durchführung von Verbrechen auf seinem Territorium bestätigten. Es wird eine Klage bei lokalen, regionalen oder internationalen Gerichten gegen Einzelpersonen sowie arabische und andere Staaten einreichen, die Terror-Verbrechen in Syrien begangen haben“, so Al Ahmed.

Gemäß der syrischen Gesetzeslage „zählen terroristische Verbrechen zu den Straftaten“. Dabei fügte der Minister hinzu, dass Präsident Baschar al-Assad seit Kriegsbeginn im Land einige Amnestie-Erlässe unterzeichnet habe, von denen Tausende Menschen betroffen seien.

„Sie konnten zu ihrem normalen Leben zurückkehren, ihre Arbeit oder Ausbildung aufnehmen. Viele schlossen sich der syrischen Armee an. Die Zahl der Begnadigten belief sich im Jahr 2016 auf insgesamt 4746. Derzeit arbeiten wir an der Versöhnung der verfeindeten Seiten auf lokaler Ebene, damit in ganz Syrien erneut Sicherheit und Stabilität herrscht“, betonte der syrische Justizminister.

Dan-news.info: „Die von den ukrainischen Streitkräften beschädigte Stromversorgung von Kominternowo und Sachanka ist vollständig repariert, gegen 11:00 ist geplant auch Nabereshnoje wieder anzuschließen. Vertreter der OSZE-Mission haben versprochen zu uns zu kommen“, teilte der Leiter der Verwaltung des Nowoasowskij-Bezirks Anatolij Janowskij mit.

Wir erinnern daran, dass gestern Abend von Seiten der ukrainischen Streitkräfte der Nowoasowskij-Bezirks beschossen wurde, es wurden Stromleitungen beschädigt, danach hatten die Einwohner von **Nabereshnoje, Kominternowo und Sachanka** keinen Strom.

De.sputniknews.com: Mit der Präsenz russischer Militärs in der Stadt Afrin im syrischen Kurdistan will Moskau seine Schlüsselrolle bei der Regelung des Konflikts in dem Land

bestärken, wie am Mittwoch die Zeitung „Le Monde“ berichtet.

Für die Türkei bedeutet die Einführung eines russischen Kontingents in Afrin demnach ein Ende ihrer Militäroffensive „Schutzschild Euphrat“, die Ankara im August 2016 begonnen hatte. Nun seien alle Richtungen blockiert, in welche die Türkei ihre Offensive fortführen könnte: Im Süden stehen syrische Soldaten, im Westen in der Pufferzone dann russische Truppen, die die türkischen Truppen von den kurdischen Selbstverteidigungseinheiten YPG trenne.

Den nördlichen Teil Syriens kontrollieren die kurdischen YPG-Einheiten, die mit der in der Türkei verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) verbunden sein sollen. Gerade der Kampf gegen die Kurden sei eins der wichtigsten Ziele der türkischen Armee in Syrien, hieß es. Die türkische Armee hatte am 24. August 2016 den Einsatz „Schutzschild Euphrat“ gegen die Terrormiliz Daesh (auch Islamischer Staat) gestartet und unter Teilnahme der syrischen Opposition die Grenzstadt Dscharablus im Norden Syriens sowie Al Bab eingenommen. Erdogan hatte erklärt, der Einsatz ziele darauf ab, eine Fläche von 5.000 Quadratkilometern von den Terroristen zu säubern und dort eine Sicherheitszone für die Unterbringung von Flüchtlingen einzurichten.

Laut dem russischen Verteidigungsministerium werde Moskau in Afrin an der Berührungslinie zwischen den kurdischen Einheiten und den Einheiten der so genannten Freien Syrischen Armee eine Filiale des russischen Zentrums zur Versöhnung der Konfliktparteien in Hmeimim schaffen.

De.sputniknews.com: Lugansk im Passfieber: Donbass-Einwohner wollen Staatsbürger werden

Die Zahl der Anträge für einen Pass der selbsterklärten Volksrepublik Lugansk (LVR) im Donbass hat sich im vergangenen Monat mehr als verdoppelt. Dies teilte das LVR-Innenministerium mit.

Nachdem Russlands Präsident Wladimir Putin im Februar per Erlass die Anerkennung von Donbass-Pässen und anderen persönlichen Dokumenten verfügte, ist die Zahl der Pass-Anträge laut LVR-Innenminister Igor Kornet fast um das Zweieinhalbfache gestiegen.

„Vor dem Erlass von Wladimir Putin haben wir nicht einmal 2000 Pässe im Monat ausgestellt. Nun hat sich diese Zahl der 4000 angenähert“, so Kornet. Der Migrationsdienst habe darum mittlerweile eine sechstägige Arbeitswoche...

Dnr-online.ru: Eine der wichtigsten Fragen, die das heutige Bildungssystem der DVR betreffen, ist die Frage des Bedarfs und der Vermittlung von Absolventen von Bildungseinrichtungen verschiedener Ebenen. Im Verlauf einer Pressekonferenz ging die Bildungs- und Wissenschaftsministerin der DVR Larisa Poljakowa auf diese Frage ein. „Unsere vorrangige Ausrichtung ist die Entwicklung des pädagogischen und technischen Bereichs. Bei den Fragen der Arbeitsvermittlung werden wir die Absolventen in diese Richtungen bringen. Was die Industriebetriebe betrifft, so erhalten wir bereits Anfragen für unsere Absolventen von Unternehmen und Organisationen des Produktionsbereichs. Wir haben eine enge Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Industrie und Handel der DVR, das Verträge mit praktisch allen unseren großen Hochschulen abgeschlossen hat. Im Rahmen dieser Zusammenarbeit ist auch die Vermittlung von Absolventen vorgesehen“, sagte die Ministerin.

De.sputniknews.com: Serbischer General bittet Russland um Rettung vor Den Haag
Der vom UN-Tribunal für das ehemalige Jugoslawien in Den Haag wegen Verbrechen während des serbisch-kroatischen Konflikts angeklagte Ratko Mladić meint, dass man ihn

ebenso wie viele andere ranghohe Serben absichtlich und planmäßig ins Grab treiben wolle. Dies schreibt am Mittwoch die russische Zeitung „Komsomolskaja Prawda“.

„Er hat sich über seinen Anwalt an das Tribunal gewandt“, wie serbischen Journalisten aus Den Haag mitgeteilt wurde, „und darum gebeten, ihn wegen seines sich stetig verschlechternden Gesundheitszustandes und des Risikos eines fatalen Herzinfarkts zur Behandlung nach Russland fahren zu lassen, von wo der General bereits entsprechende Garantien erhalten hat.“

Mladić habe seine Familie gebeten, der Öffentlichkeit auszurichten, dass er den Ärzten des Tribunals keinen Glauben schenke und nicht die eindrucksvolle Liste jener Serben ergänzen wolle, die im Den Haager Gefängnis ums Leben gekommen seien oder sich tödliche Erkrankungen zugezogen hätten.

„Er befindet sich tatsächlich in einem sehr schlechten Zustand“, sagt sein Sohn Darko. „Wir sind sehr froh, dass Russland bereit ist zu helfen. Unser Brudervolk ist unsere einzige Hoffnung.“

Ratko Mladić war serbischer General und von 1992 bis 1995 Stabschef der Truppen der Republik Srbska. Während des Kriegs in Kroatien und Bosnien-Herzegowina leitete er mehrere Militäroperationen. 1996 wurde er neben anderen führenden Vertretern der Republik Srbska vom UN-Tribunal für Jugoslawien beschuldigt, Kriegsverbrechen begangen zu haben. Seine Festnahme und Auslieferung an das Tribunal waren eine Bedingung für Serbiens EU-Beitritt. Im Jahr 2011 wurde Mladić in Serbien festgenommen und nach den Haag gebracht. Der Gerichtsprozess gegen ihn begann am 16. Mai 2012 und dauert immer noch an.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31498/67/314986762.jpg>

Nachmittags:

De.sputniknews.com: Wenn's mit der Nato nicht klappt? Ukraine sucht neuen Status in den USA

Da die Nato einen potentiellen Beitritt der Ukraine immer weiter verschiebt, will Kiew nun wenigstens den Status eines Hauptverbündeten der Vereinigten Staaten außerhalb der

Militärallianz erreichen. Dafür stimmten am Mittwoch beim zweiten Anlauf 232 von mindestens erforderlichen 226 Abgeordneten der Werchowna Rada, dem ukrainischen Parlament.

„Im Einklang mit Geist und Wortlaut des Budapester Memorandums sowie zur Entwicklung einer strategischen Partnerschaft zwischen unseren Staaten wenden wir uns an die USA mit der Bitte, ein Militärabkommen sowie den Status eines Hauptverbündeten außerhalb der Nato für die Ukraine in Betracht zu ziehen“, hieß es in dem Anfragetext.

Dies könne einen großen Einfluss auf den „Aggressionsstopp Russlands gegenüber der Ukraine haben“.

Im Unterschied zu der langwierigen Frage eines potentiellen Nato-Beitritts könnten die USA der Ukraine den gewünschten Status selbst bzw. ohne Zustimmung der übrigen Mitgliedsländer der Allianz verleihen, hieß es.

Die internationale Politik kenne erfolgreiche Partnerschaften nach diesem Prinzip: Den Status eines US-Hauptverbündeten außerhalb der Nato hätten nicht nur Australien, Neuseeland und Japan, sondern auch Länder, die „in Kriegsgefahr stehen“, wie Südkorea, Afghanistan und Israel inne....

Ukrinform: Das ukrainische Parlament hat am Mittwoch die Resolution „Über Appell der Werchowna Rada der Ukraine an den Kongress der Vereinigten Staaten der Amerika über Sicherheitsgarantien“ verabschiedet. Für die Resolution stimmten 232 Abgeordnete, berichtet ein Korrespondent von Ukrinform.

„Die Ukraine strebt eine wesentliche Vertiefung der bilateralen Sicherheitspartnerschaft zwischen der Ukraine und den USA an... Gemäß dem Geist und Buchstaben des Budapester Memorandums wenden wir uns an die USA mit der Bitte, die Frage über den Abschluss eines Verteidigungsabkommens mit der Ukraine und über die Gewährung der Ukraine des Status des wichtigen Nicht-NATO-Verbündeten zu betrachten“, heißt es im Appell. Der Status des „wichtigen Nicht-NATO-Verbündeten“ (Major non-NATO ally –Red.) und das Verteidigungsabkommen würden eine enorme Wirkung auf Beendigung der russischen Aggression gegen die Ukraine, Eindämmung des Aggressors und Verhinderung des großen Kriegs in Europa haben. Das liege im Interesse der Ukraine, der USA, Europas und der ganzen Welt.

Das ukrainische Parlament betonte im Appell auch, dass die Ukraine an eine weitere wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den USA interessiert ist. Die Zusammenarbeit in den Bereichen Weltraum, Finanzen und Banken, Informationstechnologien, Landwirtschaft und besonders im militärtechnischen Bereich, im Bereich Cyberterrorismus hätten Priorität.

armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs des operativen Kommandos der DVR Eduard Basurin

Die Lage in der Donezker Volksrepublik **bleibt angespannt.**

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte **59 Mal** das Regime der Feueinstellung verletzt. Am intensivsten wurden unter Verwendung von von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen folgende Ortschaften beschossen: **Jasinowataja, Dokutschajewsk, Spartak, der Bezirk des Flughafens, der Kirowskij- und der Kiewskij-Bezirk von Donezk.** Insgesamt wurden von Seiten der ukrainischen Streitkräfte **16 Ortschaften der Republik** mit schwerer Artillerie (Kaliber 152mm und 122mm), Panzern, Mörsern (Kaliber 120mm und 82mm) sowie Schützenpanzer-, Schützenpanzerwagenwaffen, Abwehrgeschützen, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

In der Folge des Feuers von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden sieben Wohnhäuser in der Siedlung Donezk-Sewernyj auf der Priwoksalnaja-Straße 1, 10, 12, 14, 16, 18 und 20 beschossen. Informationen zu Verletzten unter der friedlichen Bevölkerung werden noch ermittelt.

Wir stellen weiterhin Fälle von Ausschreitungen ukrainischer Soldaten auf den von den ukrainischen Streitkräften kontrollierten Territorien fest. Bei uns gehen zahlreiche Klagen von Einwohnern von Ortschaften entlang der Kontaktlinie ein, unter anderem aus Kurachowo und

Awdejewka, dass bewaffnete Personen in private Häuser eindringen und alle Männer von 18 bis 64 Jahren zwingen, Verträge für den Militärdienst in den Reihen der ukrainischen Streitkräfte und der Nationalgarde zu unterschreiben.

Dies zeugt von dem kritischen Zustand der Personalausstattung der ukrainischen sogenannten Armee, deren Kommando zur Behebung des Personalmangels zu solchen extremen Maßnahmen greift.

Ebenfalls möchte ich anmerken, dass eine von unseren Medizinerinnen durchgeführte biochemische Analyse des Bluts der Leichen von Soldaten der ukrainischen Streitkräfte, die von ihren Kameraden während des Gefechts bei Kominternowo zurückgelassen wurden, Narkotika und psychotrope Stoffe gezeigt hat. So wird klar, warum bis zum völligen Wahnsinn unter Drogen gesetzte ukrainische Soldaten, die jedes Gefühl für die Realität verloren haben, Versuche unternahmen, unsere Positionen zu durchbrechen.

In unseren Einheiten wird weiter eine verstärkte militärische Ausbildung zum Thema Verteidigung durchgeführt. Das Personal zeigt ein hohes Niveau an Kampfgeist und Organisiertheit unter den Einheiten. Unsere starke Armee ist in der Lage, ihr Volk und die Republik zu verteidigen, was die vorangegangenen Erfolge demonstrieren, unter anderem im Gebiet von Kominternowo!

De.sputniknews.com: Der Kommandeur des Bataillons „Sparta“ der Armee der „Donezker Volksrepublik“ (DVR), Wladimir Schoga, hat gegenüber dem Fernsehsender Rossija 1 eine baldige und vollständige Befreiung der Gebietsteile von Donezk und Lugansk vorausgesagt, die derzeit unter Kontrolle der ukrainischen Militärkräfte stehen.

„Wir leben in unserem eigenen Haus und stören niemanden. Dabei ist uns ein Teil unseres Hauses weggenommen worden. Der Donbass kommt nicht zur Ruhe, solange er nicht zurückgenommen hat, was ihm gehört, und die Verwaltungsgrenzen nicht erreicht hat. Das sind Kramatorsk, Slawjansk und Krasny Liman“, so Schoga.

Der Republikchef der selbsterklärten Donezker Republik, Alexander Sachartschenko, hatte am 17. Februar erklärt, die Armee der DVR sei bereit, das gesamte Territorium des Gebietes Donezk unter ihre Kontrolle zu bringen, und zwar durch Kampf, wenn dies nicht auf politischem Wege erreicht werden sollte.

Wladimir Schoga hatte die Führung des legendären Bataillons „Sparta“ übernommen, dessen erster Kommandeur Arseni Pawlow, der unter dem Rufnamen „Motorola“ bekannt war, am 16. Oktober 2016 bei einem Anschlag getötet worden war. Es wird vermutet, dass ukrainische Geheimdienste hinter dem Attentat stecken.

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR
Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR ist weiter **stabil angespannt**, in den letzten 24 Stunden hat der Gegner neunmal das Regime der Feuereinstellung verletzt.

Bei den Beschüssen haben die ukrainischen Streitkräfte Mörser des Kalibers 120 und 82mm, Granatwerfer verschiedenen Typs und Schusswaffen verwendet. Insgesamt wurden 334 Mörsergeschosse und Granaten auf das Territorium der Republik abgeschossen.

Aufgrund der Einführung eines Systems von Strafzahlungen für die Soldaten der ukrainischen Streitkräfte für grobe Verletzungen der Regeln des Militärdienstes sind massenhafte Vertragskündigungen von Offizieren festzustellen.

Um die Reihen der Einheiten der ukrainischen Streitkräfte wieder aufzufüllen, werden dreimonatige Offizierskurse für Unteroffiziere in militärischen Ausbildungseinrichtungen der Ukraine durchgeführt, die Absolventen werden dann in die „ATO“-Zone geschickt.

Außerdem wurde bekannt, dass in der nächsten Zeit die Ankunft des Kommandeurs der taktischen Gruppe „Lugansk“ bei der 24. Brigade geplant ist, um die Ausstattung und Versorgung im Zusammenhang mit sich häufenden Fällen von Hinterziehung und Mangel an

Waffen und Munition in den Einheiten dieses Truppenteils zu kontrollieren. Die ukrainischen Streitkräfte verletzen weiterhin die Bedingungen zur Stationierung von Militärtechnik in der Nähe der Kontaktlinie, die von den Minsker Vereinbarungen vorgesehen sind und konzentrieren weiter schwere Technik in der Zone der sogenannten „ATO“. Am südlichen Rand von Nowoalexandrowka auf der Positionen eines Zugstützpunkts der 24. Brigade der ukrainischen Streitkräfte ist eine Kolonne Militärtechnik der Kiewer Truppen mit zwei Schützenpanzern und sechs Fahrzeugen mit Personal eingetroffen. Unter anderem wird die zuvor eingegangene Information bestätigt, dass in Lobatschewo ein neuer Checkpoint mit Schützengräben und Unterständen eingerichtet wurde. In Lopaskino haben Vertreter der OSZE-Mission frische Vertiefungen in der Erde festgestellt. Nach ihrer Auffassung befanden sich dort zuvor Feuerpositionen von drei 120mm-Mörsern, die die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen haben.

De.sputniknews.com: Ukrainische Soldaten beschwerten sich über Nato-Instrukteure Die ukrainischen Militärs, die an Kampfhandlungen im Donbass teilnehmen, haben ihre Nato-Instrukteure für deren niedriges Ausbildungsniveau und ständige Pannen kritisiert. Das berichtete am Mittwoch das russische Portal Life.ru. So wusste keiner der ukrainischen Gewehrschützen, die am Truppenübungsplatz im Gebiet Lwiw von Nato-Instrukteuren ausgebildet wurden, wie man mit einem überschweren Maschinengewehr DSchK umzugehen hat, was letzten Endes schnell zu dessen Funktionsverlust führte. „Die polnischen Spezialisten, die keine Erfahrung mit den DSchK haben, trainieren ukrainische Militärs“, schrieb der ukrainische Freiwillige Roman Donik auf seiner Facebook-Seite. „Ein Patronengurt wird mit den Munitionseinheiten unterschiedlicher Ballistik, Gewicht und Durchschlagskraft gefüllt. Und dies ist nur an einem Foto zu sehen. Es macht mir Angst, darüber nachzudenken, was sie da noch beibringen.“ Zuvor war auf der Seite der US-Armee ein Bericht über die Ausbildung von ukrainischen Militärs durch die Nato-Spezialisten veröffentlicht worden, von denen die meisten Offiziere aus der 45. Brigade der Kampfgruppe „Thunderbird“ stammten. Bei einer gemeinsamen Übung sollte eigentlich gerade der Umgang mit den DSchK trainiert werden. Auf der Seite der US-Armee stand zudem, dass sich die gleiche Brigade auf die Entfaltung in der Ukraine vorbereiten soll. Diese Information wurde allerdings inzwischen von der Seite gelöscht.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31041/39/310413966.jpg>

Dan-news.info: Entwicklung in der Donezker Elektrotechnischen Fabrik (DETF)
Die DETF wird nach dem Übergang unter die Jurisdiktion der DVR ihre Arbeit in der nächsten Woche wieder aufnehmen. Dies teilte bei einem Treffen mit dem Arbeitskollektiv des Unternehmens der Minister für Industrie und Handel der Republik Alexej Granowskij mit.

Mptdnr.ru/dan-news.info: Treffen mit dem Arbeitskollektiv des Staatlichen Unternehmens Donezker Elektrotechnische Fabrik (DETF) (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)
Gemäß dem Erlass vom 1. März sind eine Reihe von Unternehmen, die sich zuvor unter ukrainischer Jurisdiktion befanden, unter äußere Leitung gestellt worden. Eines dieser Unternehmen ist die Donezker Elektrotechnische Fabrik. Heute fand in dem Unternehmen, das inzwischen das Staatliche Unternehmen „Donezker elektrotechnische Fabrik“ geworden ist, ein Treffen des Ministers für Industrie und Handel der DVR Alexej Granowskij mit dem Arbeitskollektiv statt.

Bei seinen Einführungsworten äußerte Alexej Iwanowitsch die Hoffnung, dass es mit gemeinsamen Anstrengungen des Kollektivs, der Führung und des Ministeriums gelingen wird, die Arbeit des Unternehmens wieder aufzunehmen und das qualifizierte Arbeitskollektiv zu erhalten. Der Minister merkte auch an, dass es in diesem Unternehmen ein gutes soziales Paket geben wird: Busse für die Mitarbeiter zum Arbeitsplatz (im staatlichen Unternehmen DTEF arbeiten sogar Arbeiter aus Tores und Sneshnoje), hier gibt es einen eigenen, mit allem nötigen ausgestatteten medizinischen Punkt. Auf dem Territorium der Fabrik liegt die Fabrikkirche St. Pantelejmon. Und es ist sehr wichtig, dies alles zu erhalten.

„Das Kollektiv hier ist wie eine große Familie. Und wir nehmen es in das Team der DVR auf“, sagte der Minister. Während der Unterhaltung stellten Vertreter des Arbeitskollektivs sozial wichtige Fragen, darunter auch zur Anerkennung von Berufserfahrung, zur Zahlung von Lohnrückständen aus ukrainischer Zeit. Alexej Granowskij erläuterte, dass die Löhne gleich bleiben, aber in Rubeln gezahlt werden.

Im Ministerium für Industrie und Handel der DVR wurde eine große Arbeit durchgeführt, um das Unternehmen wieder in Betrieb zu nehmen. Und bereits ab dem nächsten Montag wird die Produktion unter Jurisdiktion der Republik wieder beginnen.

„Es wurden bereits vorläufige Pläne für Absatzmärkte für die Produktion erarbeitet, es wurden erste Verträge mit der Jusowskij metallurgischen Fabrik und der Jasinowatajer Maschinenfabrik geschlossen“, sagte Alexej Granowskij.

Während des Treffens wurde dem Arbeitskollektiv der neue Direktor des staatlichen Unternehmens „Donezker elektrotechnische Fabrik“ vorgestellt. Es ist Wadim Tazenko, der zuvor in der Donezker Fabrik „Totschmasch“ und der Makewker Metallfabrik gearbeitet hat. „Wir werden jetzt den regionalen Markt sättigen, wir haben sehr viele Bergwerke, die unsere Produkte brauchen und Unternehmen anderer Richtungen. Danach ist geplant, auf den Markt der RF und anderer Länder zu gehen und die Produktion auf das Dreifache zu vergrößern. Das Potential ist sehr groß“, sagte Tazenko.

Die DETF wurde 1915 als mechanische Reparaturwerkstatt der Alexejer Bergbaugesellschaft gegründet. Das Unternehmen stellt 58 verschiedene Produkte her. Die Fabrik hat praktisch das Monopol in der Republik bei der Produktion von speziellen detonationssicheren Bergwerksmotoren.

De.sputniknews.com: Putsch-Probe in Kiew: Poroschenko bleiben nur noch Wochen?

Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko soll spätestens Anfang Mai aus dem Amt gejagt werden, wie der ehemalige Rada-Abgeordnete Wladimir Olejnik gegenüber dem Nachrichtenportal „lenta.ru“ sagte. Ein solcher Putsch sei schon erprobt worden.

„Die Wahrscheinlichkeit eines baldigen Staatsstreichs schätzen wir auf 60 bis 70 Prozent“, so Olejnik.

Spätestens Anfang Mai solle es soweit sein.

„Warum ausgerechnet dann? Ich habe gehört, einige Politiker wollten das nicht vor Ostern machen. Die sind bei uns also auch noch gottesfürchtig“, meint der Ex-Parlamentarier. Am 15. März sind schon einmal Polizisten und Angehörige der Nationalgarde in den Sitzungssaal des ukrainischen Parlaments eingerückt, wie Olejnik erzählt.

„Das war eine Putsch-Probe: Angehörige der Sicherheitsbehörden sind unbefugt in den Sitzungssaal der Werchowna Rada eingedrungen. Die Vize-Vorsitzende des Parlaments, Oxana Syroid, hat die Sitzung schnell beendet. Doch wer soll Menschen mit Maschinengewehren beim nächsten Mal am Eintritt hindern?“, fragt der Politiker. Derzeit würden drei einflussreiche Polit-Clans gegen Poroschenko arbeiten: Eine Gruppe führe Julia Timoschenko, die Vorsitzende der Vaterlandspartei, eine weitere bildeten die vereinten Nationalisten. Die dritte Gruppe unterstehe dem ukrainischen Innenminister Arsen Awakow und dem Staatssekretär des nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrats, Alexander Turtschinow.

Das ukrainische Nachrichtenportal „lb.ua“ berichtete, der ukrainische Abgeordnete Maxim Geraschtschenko habe damals die Sicherheitsbeamten mit in die Rada-Sitzung mitgenommen. Darunter sollen auch Personen gewesen sein, die schon zuvor an einer Schlägerei mit dem Abgeordneten Wladimir Parassjuk beteiligt gewesen seien. Poroschenko übernahm das Amt des ukrainischen Präsidenten nach massiven Ausschreitungen auf dem Kiewer Maidan-Platz im Winter 2014. Im Zuge jener Proteste fand ein gewaltsamer Machtwechsel statt, der damalige ukrainische Präsident Wiktor Janukowitsch floh aus dem Land. Später übernahmen die Anführer der Maidan-Proteste hohe Regierungsposten und Parlamentssitze.

Dan-news.info/ Dnr-news.com:: „Um 13:50 erlitt im **Kiewskij-Bezirk von Donezk**, in der Sheljabowa-Straße 17 in der Folge eines Beschusses **eine Frau Splitterverletzungen**. Während der Detonation ging sie dort zusammen mit ihrem Kind. Nach vorläufigen Informationen wurde das Kind nicht verletzt“, teilte der Leiter der Bezirksverwaltung Walentin Lewtschenko mit.

„Die Verletzte kam mit zahlreichen Splitterverletzungen zu uns. Die Ärzte haben bereits einen großen Teil der Splitter entfernt, die am gesamten Körper der Frau zu finden waren. Sie bleibt im Krankenhaus, sie ist jedoch nicht in Lebensgefahr“, teilte der leitende Arzt des Zentralen Stadtkrankenhauses Nr. 17 Alexandr Tschudin mit.

Der Gesprächspartner der Agentur fügte hinzu, dass die Verletzte während des Beschusses ein drei Monate altes Kind im Arm hatte. Es wird noch untersucht. „Die Mutter kam ohne das Kind zu uns, da wir keine Kinderabteilung haben“, sagte der Arzt.

(Ein Video über die Folgen des Beschusses. Am Ende berichtet ein Arzt über den Gesundheitszustand der Frau – Anm. d. Übers.)

<iframe width="854" height="510" src="https://www.youtube.com/embed/d3d07oJP6ZU" frameborder="0" allowfullscreen></iframe>
<https://youtu.be/d3d07oJP6ZU>

De.sputniknews.com: Das Mitglied des russischen Föderationsrates (Oberhaus), Alexej Puschkow, hat versprochen, beim Treffen mit dem Chef des Verteidigungskomitees des finnischen Parlaments, Ilkka Kanerva, herauszufinden, wer in Finnland die Panik vor Russland anheizt.

„Ich treffe mich heute mit dem Chef des Verteidigungskomitees des finnischen Parlaments, Ilkka Kanerva. Ich werde ihn fragen, wer in Helsinki Angst vor Russland verbreitet“, schrieb Puschkow via Twitter.

Zuvor hatte Pentagon-Sprecher Jeff Davis mitgeteilt, dass die Verteidigungsminister der USA und Finnlands, James Mattis und Jussi Niinistö, bei einem Treffen in Washington aktiv die angebliche „russische Aggression“ erörtert haben sollen. Darüber hinaus sollen die Minister Finnlands Verhältnis zur Nato als Partner mit erweiterten Privilegien und die bilaterale

Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich besprochen haben.

De.sputniknews.com: „Save Donbass“: Donezk eröffnet dritte EU-Repräsentanz in Griechenland

Die selbsterklärte Volksrepublik Donezk (VRD) hat am Dienstagabend in Griechenland ihre dritte Repräsentanz auf EU-Gebiet eröffnet. Sie wird von dem Aktivist der Bewegung „Save Donbass“, Andreas Zafiris, geleitet.

Laut Zafiris ist das schon die dritte Repräsentanz, die in Europa eröffnet wurde. Die ersten zwei befänden sich in Italien und Tschechien. Diese Vertretungen seien zwar keine diplomatische Behörden, aber immerhin bestehende Kommunikationsorgane, so Zafiris. Ihm zufolge sollten die Repräsentanzen zu einer Entwicklung der Beziehungen auf kulturellen und wirtschaftlichen Ebenen beitragen.

„Lassen Sie uns nicht vergessen, dass im Donbass eine große griechische Gemeinde lebt – etwa 100.000 Menschen. Wir finanzieren dort eine griechische Schule. Der griechische Staat unterstütze diese Gemeinde leider nicht. Wir finanzieren auch ein Kulturzentrum in Gorlowka“, so Zafiris.

Mit der Eröffnung einer Repräsentanz hoffe man nun, dass es den Zugang zu Unterstützung für die Region erleichtere. Das Ereignis selbst habe eine große Bedeutung für den „antifaschistischen Volkskampf im Osten der Ukraine“.

Laut Medienberichten hat sich die VRD-Außenministerin Natalia Nikanorowa in einem Brief für die Bereitschaft bedankt, die Interessen der Republik auf internationaler Ebene zu vertreten. Es sei ein wichtiger Meilenstein beim Dialogaufbau zwischen den Einwohnern des Gebietes und den europäischen Ländern.

Das offizielle Athen erkennt die VRD-Repräsentanz in Griechenland nicht an, wie die lokalen Medien schreiben. Ein Pressesprecher des griechischen Außenamtes soll gesagt haben, Medienberichte über die Eröffnung einer „offiziellen“ Repräsentanz entsprächen nicht der Wahrheit.

Demnach widersprächen sämtliche Aktionen, die die territoriale Integrität der Ukraine in Frage stellen, der Position der griechischen Regierung.

Andreas Zafiris ist als griechischer Journalist für seine Volontärrarbeit bekannt. Er hat im In- und Ausland an humanitären Aktionen teilgenommen. Die von ihm und seinen Kollegen gesammelten Hilfsgüter sind an unter dem Krieg leidende Zivilisten in Konfliktregionen geschickt worden.

Dan-news.info: Die Jenakiewer Metallfabrik (JMF), die unter äußere Leitung gestellt wurde, hat mit dem Übergang in den Rechtsraum der DVR begonnen. Dies berichtete heute auf einem Treffen mit dem Kollektiv das Mitglied des besonderen Stabs zum Schutz der Rechte der Arbeiter der Unternehmen, der Vorsitzende der Gewerkschaftsföderation Maxim Parschin.

„Heute sind wir zur JMF gefahren, die unter äußere Leitung gestellt wurde, um mit dem Arbeitskollektiv ein informatives Gespräch zu führen, um die soziale Spannung zu vermindern. Die Behörden der Republik haben mit der Registrierung dieses Unternehmens begonnen“, sagte Parschin.

Nach Abschluss der Registrierung ist geplant, die Gewerkschaftsorgane der Fabrik neu zu bilden. Die Grundorganisation wird zur Gewerkschaft der Metallarbeiter und Bergleute der DVR gehören, die zur Gewerkschaftsföderation der DVR gehört.

„Die Gewerkschaftsorganisation der Jenakiewer Metallfabrik war immer die aktivste, kämpferischste und mächtigste in ihrem Bereich und ich hoffe, sie wird es bleiben. Und nun, wo das Unternehmen unter äußere Leitung gestellt wurde, gehen die Mitglieder des Gewerkschaftskomitees sehr verantwortlich an die Sache heran und tun alles, um mögliche Konflikte zu vermeiden“, sagte der Vorsitzende der Metall- und Bergarbeitergewerkschaft der DVR Igor Shadan.

Bei dem Treffen erörterten die Vertreter des Stabs mit dem Kollektiv der JMF auch die Perspektiven der Arbeit des Unternehmens. Den Menschen wurde versichert, dass die Arbeitsplätze erhalten bleiben und die ersten Löhne von der republikanischen Führung im April gezahlt werden.

Am 28. Februar hatte in Jenakiewo eine Kundgebung zur Unterstützung der Einführung einer äußeren Leitung über die Unternehmen ukrainischer Jurisdiktion stattgefunden. Unter den Teilnehmern der Aktion waren unter anderem die Mitarbeiter der JMF.

De.sputniknews.com: Staatsduma befreit sanktionierte Bürger von Steuerzahlung in Russland

Wer von den gegen einzelne Personen verhängten Sanktionen betroffen ist, kann Russlands Steuerinländerschaft ablehnen, selbst wenn er mehr als 183 Tage im Land verbracht hat. Dies ist in dem von der Staatsduma (Russlands Unterhaus) in dritter Lesung verabschiedeten Gesetzentwurf verankert.

Wie die Zeitung „Wedomosti“ schreibt, verleiht dieses Gesetz der Bestimmung, die in den Artikel des Steuergesetzbuches über die Einkommenssteuer eingebracht wurde, rückwirkende Kraft. Demnach erstreckt sie sich auf die nach dem 1. Januar 2014 entstandenen Rechtsverhältnisse. Die betreffende natürliche Person muss nun bei der russischen Steuerbehörde einen entsprechenden Antrag einreichen, dem alle Unterlagen beizufügen sind, die seinen Status als Steuerinländer in einem anderen Staat belegen. Dieser Antrag soll in der für das Einreichen von Steuererklärungen vorgesehenen Frist gestellt werden.

Auf der Sanktionsliste der USA stehen gegenwärtig wegen der Ereignisse in der Ukraine die Namen von 56 Bürgern Russlands. In der europäischen sind die Namen von 157 Bürgern Russlands und der Ukraine aufgelistet. Zudem ist die Sanktionsliste wegen des Falls um Sergej Magnitski um 26 Namen russischer Staatsbürger ergänzt worden.

Ukrinform: Die Mitglieder des US-Kongresses, die entschlossen für die Nichtanerkennung der Annexion der Krim und für die Rückgabe der Halbinsel unter die Kontrolle der Ukraine standen, bewahren auch künftig die starke Position, erklärte am Dienstag in Washington das Mitglied des Repräsentantenhauses der Vereinigten Staaten für den 1. Kongressdistrikt des Bundesstaates Ohio, Steve Chabot, berichtet der Ukrinform-Korrespondent in den USA.

„Sanktionen gegen Russland dürfen nicht nur nicht aufgehoben werden, sie müssen verschärft werden“, sagte der amerikanische Gesetzgeber im Rahmen einer Expertendiskussion im Kongress zum Thema: „Krim: drei Jahre der russischen Besatzung“. Chabot stellte fest, er und Kongressabgeordnete, die die Ukraine im Repräsentantenhaus unterstützen, werden weiter beim festen Standpunkt gegen Russland vor dem Hintergrund seiner Aggression in der Region bleiben.

„Wir tun dies nicht nur für die Sicherheit und Stabilität unserer Partner und Verbündeten in der Region, sondern auch für die Sicherheit des amerikanischen Volkes“, unterstrich Steve Chabot.

In diesem Zusammenhang erinnerte er daran, dass im Unterhaus des US-Kongresses wieder ein Gesetzentwurf H. R. 463 „Akt über die Nichtanerkennung der Annexion der Krim“ eingereicht wurde.

„Unsere Pflicht ist, niemals diese Änderung von Grenzen zuzulassen, besonders jetzt, in der heutigen Zeit“, sagte er.

Dnr-online.ru: Im staatlichen Unternehmen „Sasjadko-Bergwerk“ läuft die Zahlung der Löhne an die Bergarbeiter für die zweite bereits abgearbeitete Dekade des März. Für die erste Dekade waren die Zahlungen bereits zuvor erfolgt.

Heute erhalten etwa 1300 Arbeiter des Förder- und Ausschachtungsbereichs das Geld. Morgen werden die Arbeiter der Vorbereitungs- und Transportabteilungen das Geld erhalten sowie die übrigen Mitarbeiter des Unternehmens.

(Anm. d. Übers.: Das Sasjadko-Bergwerk wurde unter äußere staatliche Leitung gestellt. Wie auch andere zuvor ukrainische Betriebe hatte es Lohnrückstände gegenüber den Arbeitern gegeben. Da die DVR diese Lohnrückstände von den ukrainischen Unternehmern einfordert und nicht für diese zahlen will, werden die Löhne in diesen Fällen im laufenden Monat gezahlt - und nicht am Ende des Monats wie allgemein üblich- teilweise auch im Voraus, damit die Beschäftigten nicht ohne Geldmittel dastehen.)

De.sputniknews.com: Ukraine verbietet russischer Bewerberin Einreise zu Eurovision Song Contest

Die russische ESC-Teilnehmerin Julia Samojlowa darf nicht beim diesjährigen Eurovision-Wettbewerb in Kiew auftreten. Der ukrainische Geheimdienst hat ihr auf drei Jahre die Einreise in die Ukraine verboten.

„Diese Entscheidung wurde aufgrund von eingegangenen Hinweisen getroffen, wonach sie die Gesetze der Ukraine verletzt hat“, schrieb Geheimdienstsprecherin Elena Gitlanskaja auf ihrer Facebook-Seite.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31499/26/314992611.jpg>

De.sputniknews.com: Vier Syrien-Probleme lösen: Lawrow bietet Uno Hilfe an
Russland ist laut seinem Außenminister Sergej Lawrow bereit, der Uno bei der politischen Regelung der Syrien-Krise zu helfen.

„Wir schätzen sehr diese Möglichkeit, uns direkt nach Abschluss der Verhandlungsrunde in Astana und einen Tag vor dem Beginn der Syrien-Gesprächen in Genf zu treffen“, sagte Lawrow beim Treffen mit dem UN-Sondergesandten zu Syrien Staffan de Mistura. „Das ist wichtig“.

Moskau werde der Uno helfen, so der Minister ferner, die Bemühungen bei der Umsetzung von „vier Paketen“, einschließlich der Fragen zu Verfassung, Verwaltung, Wahlen und dem Kampf gegen den Terrorismus, gemäß der Resolution des UN-Sicherheitsrates zu koordinieren.

„Wir wollen ihre Ideen hören, für uns ist es wichtig, bei der Förderung der politischen Regelung zu helfen“, so Lawrow abschließend.

Zuvor hatte Russlands Präsident Wladimir Putin die Syrien-Gespräche in der kasachischen Hauptstadt Astana gewürdigt. Dem Staatschef zufolge legten sie den Grundstein für die

Genfer Verhandlungen, weil gerade dort ein Mechanismus zur Kontrolle der Waffenruhe geschaffen wurde.

Russland, der Iran und die Türkei sind Initiatoren des Treffens in Astana und Garanten der seit Ende Dezember geltenden Waffenruhe zwischen der Regierungsarmee und der bewaffneten Opposition in Syrien. Man wolle durch konkrete Maßnahmen und Einfluss auf die Konfliktparteien versuchen, die Feuerpause zu stärken, die Gewalt zu vermindern und einen ungehinderten Zugang für humanitäre Hilfe zu schaffen.

De.sputniknews.com: Moskau hat Verständnis für die von Damaskus getroffene Entscheidung, den UN-Sondergesandten für Syrien, Staffan de Mistura, nicht zu empfangen. Wie Russlands Außenminister Sergej Lawrow am Mittwoch auf einer Pressekonferenz erklärte, ist dies das souveräne Recht der syrischen Behörden.

„Wir haben Verständnis für die Position der syrischen Führung in Bezug auf den Empfang oder Nichtempfang von Staffan de Mistura in Damaskus“, sagte Lawrow. „Das ist letztendlich das souveräne Recht des syrischen Staates, obwohl wir meinen, dass man miteinander reden muss. Man kann Mängel, vielleicht sogar ein fehlerhaftes Handeln, in einer beliebigen Situation bei jedem internationalen Beamten finden, dem aufgetragen wurde, eine sehr schwere Krise zu klären.“

Lawrow zufolge sind „in einer Situation, wo auf solche Vermittler von den verschiedensten Seiten her und bei Weitem nicht immer mit tadellosen Methoden Druck ausgeübt wird, auch irgendwelche Irrtümer möglich“.

„Doch ich wiederhole es, wir achten die Entscheidung der syrischen Führung“, betonte Russlands Außenminister.

Die syrischen Behörden hatten es abgelehnt, den UN-Sondergesandten für Syrien, Staffan de Mistura, zu empfangen, der Damaskus noch vor der nächsten Runde der Syrien-Gespräche in Genf, die am 23. März beginnen soll, besuchen wollte.

Dnr-online.ru: Eines von mehr als 40 Unternehmen, die ab dem 1. März unter äußere Leitung der DVR gestellt wurden ist die Jenakiewer Metallfabrik (JMF). Korrespondenten der offiziellen Seite der DVR unterhielten sich mit Arbeitern des Großbetriebs, um etwas über die Situation in der Fabrik und die Probleme der Mitarbeiter, die die Leitung der Holding „Metinvest“ buchstäblich ihrem Schicksal überlassen hat, zu erfahren.

„Die Fabrik wurde am 20. Februar wegen des Fehlens von Rohstoff stillgelegt. Anfangs, am 17. - 18. Februar, wurde der 5. Hochofen gestoppt, vorläufig stillgelegt, und am 20. hat der 3. Hochofen seine Funktion eingestellt. Die Fabrik wurde technische richtig gestoppt, deshalb wird es, wenn wieder Rohstoff da ist, keine Probleme mit dem Anblasen der Öfen und der Wiederaufnahme der Produktion geben“, sagte der Hochofenmeister Maxim Maximow. Nach den Worten des Arbeiters hat die Führung der Holding „Metinvest“, die dem ukrainischen Oligarchen Rinat Achmetow gehört, entgegen allen Normen des Arbeitsrechts die Mitarbeiter ihrem Schicksal überlassen: „Am 16. Februar um 1:00 nachts kam eine elektronische Mitteilung, dass „Metinvest“ seine Arbeit mit dem JMF einstellt. Auch wurde mitgeteilt, dass die Arbeiter der Fabrik bis 18:00 nach Mariupol kommen können, um einen anderen Arbeitsplatz zu erhalten. Aber selbst wenn jemand dorthin fahren wollte, diese Aufgabe zu erfüllen war schon physisch unmöglich“.

Der Hochofenarbeiter Andrej Puschkarenko äußerte seine Hoffnung auf normale Arbeit unter der äußeren Leitung der DVR. „Die Fabrik, das ist mein Leben und das Leben der Stadt, es ist das wichtigste Unternehmen der Stadt. Nach dem Stopp der Fabrik sind einige Arbeiter nach Mariupol gefahren, aber sie haben noch nicht einmal die Adresse gefunden, die in der Mitteilung angegeben war. Jetzt gehen wir zur Arbeit, halten die Maschinen in normalem Zustand und hoffen, dass alles gut sein wird“, erzählte er.

De.sputniknews.com: Russlands Außenministerium hat die Entscheidung Kiews, der russischen ESC-Teilnehmerin Julia Samojlowa die Einreise in die Ukraine zu verbieten, als zynisch und unmenschlich kritisiert. Der Europäischen Rundfunkunion (EBU), die den Musikwettbewerb organisiert, liegen laut eigenen Angaben keine offiziellen Informationen über das Einreiseverbot vor.

„Die EBU verfügt über keine offizielle Bestätigung des Einreiseverbotes für Samojlowa“, sagte ein EBU-Sprecher.

Russischen Medienberichten zufolge steht es noch offen, ob Russland an dem Wettbewerb nun überhaupt teilnehmen werde, da zahlreiche Politiker zu einem Boykott des Songwettbewerbs aufriefen, sollte sich die Leitung des Eurovision Song Contest für die russische Teilnehmerin nicht einsetzen.

„Natürlich wird Russland diesen Wettbewerb boykottieren und nicht nur den in Kiew, sondern auch alle künftigen“, sagte der Vizevorsitzende des Verteidigungsausschusses im Russischen Föderationsrat (Parlamentsoberhaus), Franz Klinzewitsch. „Die Leitung des Eurovision Song Contest soll erklären, dass solch eine Entscheidung der Regierung in Kiew unzulässig ist. Doch die Eurovision-Leitung schweigt. Sie ist völlig politisiert“.

Wie die EBU zuvor mitgeteilt hatte, erwarte sie von der Ukraine eine Entscheidung, nach der jede Delegation am Wettbewerb teilnehmen könne.

Samojlowa habe 2015 die Halbinsel Krim besucht, ohne eine Erlaubnis aus Kiew bekommen zu haben, wie der ukrainische Außenminister Pawel Klimkin zuvor gesagt hatte. Kiew sehe das als Grenzverletzung. Doch laut dem Supervisor des Eurovision Song Contest, Ola Sand, mache die EBU der 27-jährigen Sängerin keine Vorwürfe....

De.sputniknews.com: Gegensanktionen: Russland verbietet Zahlungen in die Ukraine über Fremdsysteme

Die Staatsduma hat Geldüberweisungen aus Russland in die Ukraine verboten, sofern diese über ein ausländisches Zahlungssystem erfolgen. Damit reagiert das russische Parlament auf die Sanktionen, die Kiew im Oktober 2016 verhängt hatte.

Die Duma (russisches Unterhaus) hat Medienberichten zufolge Änderungen zum „Gesetz über das nationale Zahlungssystem“ verabschiedet. Damit wolle der russische Gesetzgeber den negativen Folgen ukrainischer Sanktionen entgegenwirken. Kiew hatte es am 17.

Oktober 2016 verboten, russische Bezahlssysteme auf ukrainischem Boden zu betreiben. Die Neuregelung wirke dann, wenn ein Staat Zahlungssysteme verbiete, deren Betreiber bei der russischen Zentralbank registriert seien. In solchen Fällen können Geldüberweisungen in diesen Staat nur über ein Bezahlssystem abgewickelt werden, das von einer in Russland ansässigen Firma kontrolliert werde. Vom neuen Gesetz betroffen seien nur Überweisungen, die keine Kontoeröffnung erfordern. Die russische Zentralbank soll auf ihrer Homepage über etwaige Verbote russischer Zahlungssysteme durch das Ausland informieren.

Die ukrainische Führung hatte im vergangenen Oktober ihre Anti-Russland-Sanktionen auf die Betreiber russischer Zahlungssysteme ausgeweitet. Seitdem dürfen diese ihren Service in der Ukraine nicht mehr anbieten. Vom ukrainischen Verbot betroffen sind folgende Zahlungssysteme: „Kolibri“ der russischen Staatsbank Sberbank, „Solotaja korona“ von RNKO Plateschnaja Sistema, „Unistream“ der Unistream-Bank, „Leader“ der Leader AG, „Anelik“ der Anelik-Bank und „Blizko“ der Sviaz-Bank.

Wie die russische Zeitung „Wsgljad“ berichtete, verschlechtert die Regierung in Kiew mit dieser Maßnahme die wirtschaftliche Lage ukrainischer Bürger, fördert die Kriminalität und den weiteren Verfall der Griwna.

Lug-info.com: „Wir haben eine Statistik geführt und sind zu folgenden Ergebnissen gekommen. Am 1. März 2017 gibt es 14.832 Schüler in der LVR. Im Vergleich zum Jahr 2014, als die Menschen massenweise vor dem Krieg flohen und sich die Schulen leerten, sind dies 17,2% mehr“, teilte die Bildungs- und Wissenschaftsministerin der LVR Walentina

Tkatschenko mit.

Im Schuljahr 2014/2015 gab es 6567 Schulabgänger aus der 9. Klasse und 3.904 aus der 11. Klasse.

„Am Ende des laufenden Schuljahrs werden planmäßig 7.265 Neuntklässler und 4.500 Elftklässler die Schule verlassen“, teilte die Ministerin mit.

De.sputniknews.com: Russland ist bereit, die Arbeit in Bezug auf die Gaspipeline Nord Stream 2 mit der Ukraine als Transitland fortzusetzen, sagte der russische Präsident Wladimir Putin.

Nord Stream 2 ist Putin zufolge ein elementares Projekt unter der Berücksichtigung des Anstieges des Gasverbrauchs in Europa und der Reduzierung der Gasförderung.

„Dieses Projekt richtet sich nicht gegen unsere Partner, auch nicht gegen die ukrainischen“, sagte Putin bei seinem Treffen mit dem Vorstandsvorsitzenden des Chemiekonzerns BASF, Kurt Bock.

Russland sei bereit, die Beziehungen mit allen Partnern weiterzuführen.

Dabei sollten verlässige und „wirtschaftlich profitable Marktbedingungen für eine Zusammenarbeit“ gewährleistet werden.

Anfang Februar hatte der russische Staatspräsident erklärt, dass er den weiteren Gas-Transit durch die Ukraine nach 2019 für möglich halte.

Das Projekt Nord Stream 2 sieht den Bau von zwei Strängen mit einer Gesamtleistung von 55 Milliarden Kubikmetern Gas pro Jahr von der russischen Ostseeküste auf dem Grund der Ostsee nach Deutschland vor. Die Partner – Engie, Gazprom, OMV, Shell, Uniper und Wintershall – hatten beim deutschen und beim polnischen Kartellamt die Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens zum Bau der Pipeline beantragt. Berlin stimmte zu, Warschau lehnte ab.

Abends:

Dan-news.info: Der Kommunikationsminister der DVR Wiktor Jazenko hat die Orte bekannt gegeben, wo die Zentren für soziale Hilfe und administrative Dienstleistungen im Rahmen des humanitären Programm zur Wiedervereinigung des Volks des Donbass eingerichtet werden.

Alle Arbeiten laufen planmäßig, die Zentren werden zur vorgesehenen Zeit (am 1. April) eröffnet werden. Sie werden sich in der Nähe der Zollcheckpoints befinden.

Es wird vier solcher Zentren geben. Eines im Petrowskij-Bezirk von Donezk in der Nähe des Kontroll- und Passierpunkts „Alexandrowka“. Ein weiterer befindet in Jelenowka am gleichnamigen Passierpunkt. Das Zentrum in Gorlowka wird beim KPP „Majorsk“ liegen, ein weiteres im Süden Republik in der Nähe des KPP „Oktjabrj“. (Es werden im Text die genauen Kreuzungen etc. angegeben, Anm. d. Übers.)

„Entsprechend ist es natürlich notwendig, den Passierpunkt der DVR zu überschreiten“, fasste der Minister zusammen.

De.sputniknews.com: Syrien: Regierungstruppen holen Verstärkung in Provinz Hama
Die syrische Armee verlegt zusätzliche Truppen in die Provinz Hama, um die dortige

Rebellenoffensive aufzuhalten, wie die Nachrichtenagentur „Reuters“ berichtet.

Die Rebellen haben heute in der Provinz Hama eine Offensive begonnen. Daran beteiligt sind die Freie Syrische Armee (gilt im Westen als gemäßigte Opposition) und die Terrormiliz Tahrir asch-Scham, früher bekannt als Al-Qaida-Ableger Dschabhat al-Nusra.

Das Ziel des Frühjahrsangriffs der Rebellen ist die Einnahme der Städte Suran und Khitab.

Die Kämpfer haben sich lange auf die Offensive vorbereitet, sagte ein Sprecher der Freien Syrischen Armee laut der Agentur. Die Speerspitze des Angriffs bilden Terroristen der Tahrir asch-Scham.

Die syrische Provinz Hama ist eine der Rebellenhochburgen in Syrien. Im Jahr 1982 war dort unter der Führung der Muslimbrüder ein Aufstand ausgebrochen, der vom damaligen Präsidenten Hafiz al-Assad niedergeschlagen wurde. In 2011 ist die Provinz erneut zum Zentrum von regierungsfeindlichen Aufständen geworden, die letztlich zum Bürgerkrieg geführt haben. Derzeit sind in der Provinz Hama mehrere Rebellengruppen aktiv. Die meisten von ihnen vertreten eine radikal islamistische Ideologie.